

# Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches,  
gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

## „Sehr gute Dinge“

Die Welt scheint nicht viel aus der Finanzkrise 2007/2008 gelernt zu haben. Die Schulden aller Länder sind 2016 um 7,6 Billionen auf 215 Billionen Dollar gestiegen. Damit übertreffen sie die globale Wirtschaftsleistung mittlerweile um 325 %. Die Industriestaaten stehen derzeit mit 160 Billionen Dollar in der Kreide. Das entspricht fast dem vierfachen BIP dieser Länder. Hauptsächlich für diesen Anstieg ist die staatliche Neuverschuldung, die sich in Ländern wie den USA und Großbritannien seit 2008 mehr als verdoppelt hat. In Japan ist sie seither „nur“ um etwa 50 % gestiegen. Weiterhin versuchen die Notenbanken, mit billigen Krediten die Wirtschaft anzukurbeln. Die Stunde der Wahrheit kommt, wenn die US-Notenbank ihre Ankündigungen wahrmacht und die Leitzinsen – wie angekündigt – deutlich erhöht. In dem Zusammenhang hat der amerikanische Informationsdienst zerohedge.com ein regelrechtes Horror-Szenario an die Wand gemalt. Als erste Gefahr wird der Absturz der Aktienkurse um bis zu 50 % genannt. Dem US-Immobilienmarkt, der in den letzten Jahren eine heftige Preisblasenbildung erlebt habe, stehe ebenfalls eine tiefe Korrektur bevor. Auch die Studentenkredite, deren Wert über eine Billion Dollar ausmache, würden durch höhere Zinsen massiv tangiert. Schon jetzt seien 27 % der Studenten in Zahlungsverzug. In dieser zweifellos sensiblen Phase kündigt der neue US-Präsident „sehr gute Dinge“ für die Banken an. Gemeint ist damit eine Abkehr von der nach der letzten Finanzkrise eingeführ-

ten (relativ) strengen Bankenregulierung.

## „The day after“

Auch in der EU kann von ökonomisch heiler Welt keine Rede sein. Vor allem den südlichen Ländern der Euro-Zone, die ihren Schuldenstand angesichts der durch die EZB gedrückten Zinsen extrem erhöht haben, droht bei einer Abkehr von der ultralockeren Geldpolitik erhebliches Ungemach. Spaniens Staatsschulden haben sich seit 2008 von 440 Mrd. auf knapp 1,2 Billionen Euro fast verdreifacht. Der italienische Schuldenstand ist von 1,67 Billionen in 2008 auf aktuell 2,27 Billionen gestiegen. Sobald die Zinsen steigen, werden diese Länder zusätzliche Kosten zu tragen haben, die über ihre Leistungsfähigkeit hinausgehen. Stark betroffen wären auch die Länder Griechenland, Portugal und Frankreich. Vor einer gefährlichen Abwärtsspirale warnt die Bank of America in einer neuen Studie mit dem nicht gerade hoffungsvollen Titel „The day after the Euro“.

## „Unwucht erzeugt“

Anlässlich des 60. Jahrestags der Unterzeichnung der Römischen Verträge hat Prof. Hans-Werner Sinn folgende kritische Zwischenbilanz gezogen: „Die Römischen Verträge haben Europa über Jahrzehnte Frieden und Prosperität gebracht. Doch dann wurde die Politik übermütig. Mit dem Maastrichter Vertrag (1992) und dem Lissabon-Vertrag (2007), konkret mit dem Euro und den Regeln zur Freizügigkeit und sozialen Integration entstanden Systeme der Umverteilung und Gemeinschaftshaftung, die zum Miss-

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße“, die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

brauch einladen. Diese haben inzwischen eine Unwucht erzeugt, die die EU zerstören kann. Der EU-Austritt der Briten und das anhaltende Industriesterben in Südeuropa sind sichtbare Folgen des Leichtsinns. Um die Union zu stabilisieren, müssen die EU-Verträge dringend geändert werden.“ Der Ökonom hält folgende vier Reformen für dringend geboten:

- die Verhinderung von Zuwanderung in die Sozialsysteme
- die Erlaubnis temporärer Ausritte einzelner Länder
- die Schaffung einer Konkursordnung für Staaten
- den jährlichen Ausgleich der Target-Salden

## Explosive Sozialkosten

Die Aufnahme der Migranten lässt die Sozialkosten hierzulande explodieren. Laut Bundesregierung ist schon 2015 mit einem „Sozialbudget“ von 888,2 Mrd. Euro ein neuer Rekord aufgestellt worden. Diese von deutschen Behörden und Sozialversicherungen gezahlten Sozialleistungen sind zu etwa je einem Drittel von Arbeitgebern, Versicherten und vom Staat finanziert worden. Der Anteil der Sozialleistungen am BIP, der im letzten Jahrzehnt durch die Agenda 2010 auf 26,8 % zurückgegangen war, stieg bis 2015 auf 29,4 %. Diese Quote dürfte 2016 nochmals deutlich übertroffen worden sein. Offizielle Zahlen zu den realen Sozial-

kosten der Zuwanderung liegen nicht vor. Die politisch Verantwortlichen tun alles, um der Bevölkerung die unpopulären Tatsachen zu verheimlichen. Der Freiburger Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen rechnet selbst bei einer gut funktionierenden Integration mit langfristigen Zusatzkosten von mindestens 900 Mrd. Euro, was bekanntlich fast einem Drittel der jährlichen deutschen Wirtschaftsleistung entspricht. Und selbst diese gewaltige Summe verkörpere ein „unrealistisch positives Szenario“, könne also tatsächlich noch viel höher liegen. Würde sich die Bundesregierung wie ein ehrbarer preußischer Kaufmann verhalten, müsste sie entsprechende Rückstellungen bilden.

## Statistische Armut

Parteien, die mit opulenten Wahlgeschenken Stimmen gewinnen wollen, argumentieren häufig mit der angeblich verbreiteten sozialen Ungerechtigkeit. Als Büchsen-spanner wirken Organisationen wie der Paritätische Wohlfahrtsverband, der kürzlich meldete, die Armutsquote in Deutschland sei auf einen neuen Höchststand von 15,7 % angestiegen. Nach der hier angewandten Median-Methode verschwindet Armut übrigens nur dann, wenn alle Personen dasselbe Nettoeinkommen haben. Schon Churchill traute angeblich nur den Statistiken, die er selbst gefälscht hatte....